

Antrag 117/I/2024**KDV Pankow****Der Landesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Annahme (Konsens)****Unterbringung von Geflüchteten besser und gleichmäßiger gestalten**

1 Die sozialdemokratischen Mitglieder des Abgeordneten-
 2 hauses und des Berliner Senats werden aufgefordert sich
 3 dafür einzusetzen, dass künftig:

4

- 5 • die Unterbringung der Geflüchteten sowohl inner-
 6 halb der Bezirke über die einzelnen Bezirksregionen
 7 als auch zwischen den Bezirken gleichmäßiger im
 8 Verhältnis zu ihren vorhandenen Flächen und ihrer
 9 Einwohnerzahl geplant wird und die Strukturen zur
 10 Begleitung der Menschen entsprechend ausgebaut
 11 werden
- 12 • die Bezirke mit ausreichenden zusätzlichen Finanz-
 13 mitteln ausgestattet werden, um den sich aus dem
 14 Senatsbeschluss vom 26.03.2024 über die Standorte
 15 für das Wohncontainerprogramm 2.0 ergebenden
 16 zusätzlichen Aufgaben im Bereich Integration voll-
 17 umfänglich nachkommen zu können.

18 Dafür soll der Integrationsfonds in den Haushaltsplan-
 19 entwürfen für die kommenden Jahre dauerhaft in ausrei-
 20 chender Höhe, d.h. mindestens auf dem Niveau des Jah-
 21 res 2024 plus eines angemessenen Betrags für die zusätz-
 22 lich pro Bezirk zu integrierenden Geflüchteten, ausgestat-
 23 tet werden.

24

25 Bei der Standortfrage ist besonders die für eine gute In-
 26 tegration der geflüchteten Menschen und die Akzeptanz
 27 von Flüchtlingsunterkünften notwendige zusätzliche In-
 28 frastruktur vor Ort (Kita, Schule, Jugendhilfe und soziale
 29 Angebote für Kinder, Jugendliche und Familien, gesund-
 30 heitliche Versorgung, intakte Spielplätze und Jugendorte)
 31 als wesentliches Entscheidungsmerkmal zu Grunde zu le-
 32 gen und zu stärken.

33

Begründung

35 Durch den Senatsbeschluss vom 26.03.2024 sollen zusätz-
 36 liche Wohnplätze für bis zu 1.400 Geflüchtete in Pan-
 37 kow geschaffen werden. Damit die Integration weiterer
 38 Menschen gelingt, bedarf es zusätzlicher Kapazitäten für
 39 Sprachkurse, Schul- und Kitaplätze uvm. Aber auch zu-
 40 sätzliches Personal im Bezirksamt wird hierfür erforder-
 41 lich sein. Die anderen Bezirke stehen vor ähnlichen Her-
 42 ausforderungen. Daher ist es zwingend erforderlich, dass
 43 die Bezirke für diese zusätzliche Aufgabe mit zusätzlichen
 44 Mitteln ausgestattet werden.

45

46 Der Schwerpunkt der Wohncontainer liegt erneut außer-
 47 halb des S-Bahnringes, wo die vorhandenen Kapazitäten
 48 für die Integration der Geflüchteten bereits stark ausge-

geeinte Fassung:

Die sozialdemokratischen Mitglieder des Abgeordneten-
 hauses und des Berliner Senats werden aufgefordert, sich
auch weiterhin dafür einzusetzen, dass:

- die Unterbringung der Geflüchteten sowohl inner-
 halb der Bezirke, über die einzelnen Bezirksregionen
hinweg als auch zwischen den Bezirken gleichmäßi-
 ger im Verhältnis zu ihren vorhandenen Flächen und
 ihrer Einwohnerzahl geplant wird und die Struktu-
 ren zur Begleitung der Menschen entsprechend aus-
 gebaut werden;
- die Bezirke mit ausreichenden zusätzlichen Finanz-
 mitteln ausgestattet werden, um den sich aus dem
 Senatsbeschluss vom 26.03.2024 über die Standorte
 für das Wohncontainerprogramm 2.0 ergebenden
 zusätzlichen Aufgaben im Bereich Integration voll-
 umfänglich nachkommen zu können.

Dafür soll der Integrationsfonds in den Haushaltsplan-
 entwürfen für die kommenden Jahre dauerhaft in ausrei-
 chender Höhe, d.h. mindestens auf dem Niveau des Jah-
 res 2024 plus eines angemessenen Betrags für die zusätz-
 lich pro Bezirk zu integrierenden Geflüchteten, ausgestat-
 tet werden.

Für eine gute Integration der geflüchteten Menschen und
 die Akzeptanz von Flüchtlingsunterkünften **ist verstärkt
 darauf zu achten, dass die** notwendige zusätzliche Infra-
 struktur vor Ort (Kita, Schule, Jugendhilfe und soziale An-
 gebote für Kinder, Jugendliche und Familien, gesundheit-
 liche Versorgung, intakte Spielplätze und Jugendorte) **ge-
 währleistet ist oder bedarfsgerecht ausgebaut wird.**

49 lastet sind. Um zu vermeiden, dass künftig erneut geflüch-
50 tete Menschen vor allem in Gebieten untergebracht wer-
51 den, die über keine ausreichende Infrastruktur hierfür ver-
52 fügen und deren ehrenamtliche Strukturen bereits jetzt
53 überlastet sind, sollte proaktiv geprüft werden, welche in-
54 nerstädtischen Standorte hierfür in Frage kommen wür-
55 den.